

wäre, so wird dieser Wunsch doch wohl auf immer eine Unmöglichkeit bleiben, wenn man nicht den geradezu genialen Gedanken eines Kritikers in Nr. 34 der „Buchb.-Ztg.“ akzeptieren will: „Das einzig Richtige wäre, von jeder Zahlstelle einen Delegierten zu entsenden.“ Dies würde bedeuten, daß unter Umständen zwei Mitglieder einer kleinen Zahlstelle mit 10 oder 12 Mitgliedern genau soviel Einfluß auf die Gesetzgebung des Verbandes besitzen würden wie 500 in Berlin. Eine schöne Parodie auf die im Statut gewährleistete „vollkommenste Demokratie“!

Außerdem bestreite ich einen auf den Verbandstagen zutage getretenen scharfen Gegensatz zwischen kleinen und großen Mitgliedschaften, wofür ich noch Beweise anführen werden und wofür das Protokoll deutliches Zeugnis gleichfalls ablegt.

Die Beitragsfrage ist und war stets ein Hauptstück unserer Verbandstage. Und das aus sehr erklärlichen Gründen, da sich erst auf dem Beitrag das ganze System der Unterstützungs-einrichtungen aufbaut und vom Beitrag in letzter Linie die Schlagkraft der Gewerkschaft abhängt. Der Verbandstag stand unter dem Zeichen: Einheitsbeitrag oder Staffelebeitrag? Er entschied sich mit der gewaltigen Majorität von 43 gegen 16 Stimmen für den Einheitsbeitrag. Kollege Schlegel-Hamburg hat laut Bericht der „Buchb.-Ztg.“, Nr. 33, hieraus den Vorwurf erhoben: „Die kaum verflungenen schönen Worte des in Aussicht gestellten Entgegenkommens der Großen gegenüber den Kleinen nehmen sich sonderbar aus, wenn bei der ersten Gelegenheit, die Worte in die Tat umzusetzen, der gute Wille versagt.“ Diese Beweisführung Schlegels kann geradezu als Musterbeispiel dafür angeführt werden, wie Gegensätze zwischen großen und kleinen Mitgliedschaften konstruiert werden. Denn wie wenig die bezügliche Abstimmung mit jenem eingebildeten Gegensatz zu tun hat, er sieht man klar aus der Abstimmungsliste. Denn unter den 16 Staffelebeitragsanhängern finden wir vier Berliner und einen Leipziger, während nur elf Mann aus der „Provinz“ darunter zu finden waren, hierunter zwei Hamburger und zwei Dresdener Delegierte, während das Gros der Provinzler für den Einheitsbeitrag eintrat. Ich selbst stehe dem Staffelebeitrag nicht unsympathisch gegenüber, aber ich möchte doch darum bitten, nicht künstlich Gegensätze zu schaffen, die in Wirklichkeit nicht bestehen. Eine nachträgliche Agitation für Einführung von Staffelebeiträgen halte ich für Zeit- und Geldverschwendung und außerdem für aussichtslos, ganz zu geschweigen davon, daß durch eine erfolgreiche Abstimmung, wie sie Annaberg einzuleiten versucht, die ganzen Beschlüsse des Verbandstags über den Haufen geworfen würden.

Über keine Seite der Tätigkeit des Dresdener Verbandstags sind beweglichere Klagen erschallt

als über die festgesetzten Unterstützungen. Bist man manche dieser Kritiken, so möchte man zu dem Schlusse kommen: die Verbandsmitglieder hätten sich diesmal das Vergnügen gemacht, ihre ausgefuchsten Dummköpfe nach Dresden zu senden. Gewiß hätten die Delegierten höhere Beweise ihres Wohlwollens für Unterstützungen leisten können, wenn sie mit derselben Gewandtheit sich über die einfachsten Regeln der angewandten Rechenkunst hinweggesetzt und die Haupteisenchen Unterlagen, sowie die darauf begründeten Anträge der bezüglichen Kommission unter den Tisch geworfen hätten wie ihre Kritiker. Von den letzteren hat sich aber auch nicht ein einziger die Mühe genommen, wirklich nachzuweisen, durch rechnerische Belege zu erhärten, daß für den festgesetzten Beitrag höhere Unterstützungen ausgeworfen werden könnten, ohne die Verbandskasse zu schädigen. Wie alte Unterstützungs-einrichtungen nicht nur erhöht, sondern auch dazu neue geschaffen worden sind, das werden die Kollegen aus dem nummehr erschienenen Protokoll und dem vom 1. Oktober ab geltenden Statut ersehen, und auch mancher der allzu vorreiligen Kritiker wird dann schweigen, wenn er selbst zum Beispiel wiederholt Arbeitslosenunterstützung beanspruchen müßte. Freilich, manche Wünsche konnten nicht berücksichtigt werden, so zum Beispiel Invalidenunterstützung betreffend; jedoch hat der Verbandstag dafür gesorgt, daß seinem Nachfolger und der Gesamtheit der Mitglieder durch Urabstimmung diese Frage unterbreitet wird.

Agitation — Bezirksleiter. Mehr wie alle seine Vorgänger hat der Dresdener Verbandstag sich mit der zu befolgenden Agitation in der Provinz beschäftigt und er hat auch auf diesem Gebiet mehr als alle seine Vorgänger geleistet, trotz der Kritiken, die auch gegen diese seine Tätigkeit losgefeuert wurden. Ein Kabinettstück naiver Kritik finden wir im Bericht aus Jahr, allwo es in Nr. 35 der „Buchb.-Ztg.“ heißt: „Es wurde hervorgehoben, daß der Verbandstag von Wohlwollen und Rücksichten für die Provinz förmlich getrieft habe, aber etwas Praktisches für die Provinz und die Kleinstädte sei nicht geleistet worden. Auch wurde betont, daß der Verbandstag dafür eingetreten ist, daß in Punkt Agitation der Provinz gegenüber mehr geleistet werden müsse, was sehr zu begrüßen sei.“ Der Berichterstatter vergißt leider hinzuzufügen, daß der Verbandstag beschlossen hat, besoldete Bezirksleiter anzustellen und daß dadurch jedenfalls die Behauptung eigen-tümlich beleuchtet würde, „etwas Praktisches für die Provinz sei nicht geleistet worden“. Kann man es nun auch begreiflich finden, wenn die nicht auf dem Verbandstag anwesenden Mitglieder an die Ehrlichkeit des bekundeten Wohlwollens für die Provinz zweifeln, so ist es mir doch unverständlich, wie einzelne Delegierte in ihren Berichten ihrer

Zweifelsucht in derartiger Weise Ausdruck geben konnten.

Die Sitzverlegung hat, wie übrigens voraus-zusehen war, den meisten Staub aufgewirbelt. Auf alle die Gründe für und gegen die Sitzverlegung hier noch einmal einzugehen, würde zu weit führen, ist auch überflüssig, da an der Tatsache selbst nichts mehr geändert werden kann. Ich bin der Überzeugung, daß alle Delegierten bei dieser ebensogut wie bei allen übrigen Fragen nach bestem Gewissen gestimmt haben. Ich halte es daher aber auch für vollständig ungerechtfertigt, wenn gegen die Leipziger, ganz besonders aber gegen die Berliner Delegierten die unlautersten Motive ausgesprengt wurden. Ein ganzer Legendenkranz hat sich um diese Sitzverlegung gebildet: Bald sollten in gemeinsamen geheimen Zusammenkünften die Berliner und Leipziger Verschworenen (ob mit tief in die Stirne gedrücktem Spitzhut, roter Hahnenfeder und Dolch und Revolver im Gewande — wurde nicht verraten) meuchlings die „Abjagung“ Dietrichs beschlossen haben, dann wieder sollte „Kulissenarbeit“ in unschöner Weise den Beschluß vorbereitet und schließlich sollte der Kollege Dietrich nur „einer Machtfrage der Berliner wegen beiseite geschoben sein“. So jagte eine fähne Kombination die andere, ohne an der Tatsache etwas ändern zu können, daß der Beschluß der Sitzverlegung genau so legal, genau so mit lauterer Mitteln zustande gekommen ist wie alle übrigen.

Diese Tatsache wird noch durch die durchaus rücksichtsvolle und noble Handlungsweise gegenüber dem scheidenden Vorsitzenden erhärtet, was die Gewerkschaftspresse lobend anerkannte und wofür die Worte des Kollegen Dietrich an den Verbandstag (siehe Protokoll S. 199) am besten angeführt werden können, die folgenbermaßen lauteten: „... Aber das muß ich sagen, in der Beurteilung meiner Tätigkeit berührt mich wohlthuend die Anerkennung, mit der Sie mir jetzt entgegengekommen sind. Ich hoffe, daß mir noch Gelegenheit gegeben wird, meine Kräfte in den Dienst des Verbandes zu stellen, was ich stets gern tun werde. So wird wohl einigermaßen das Schmerzgefühl in mir gelindert werden, das die Pensionierung in mir hervorruft; meinen Gruß an die Mitglieder!“

Die Kritik, wie sie sonst noch sich geltend gemacht hat, befaßt sich mit nebensächlichen Punkten und braucht hier nicht näher erörtert zu werden. Nur soviel sei noch gesagt, daß der Vorwurf, der Verbandstag sei nicht häuslicherlich mit seiner Zeit umgegangen, insbesondere sei der Debatte über Vorstands- und Redaktionsbericht zu großer Spielraum gewährt, durchaus nicht anerkannt werden kann. Denn es würde sogar einen kläglichen Eindruck gemacht haben, wenn nach einer vierjährigen Periode seit dem Berliner Verbandstag nicht hier eine ausführliche Debatte eingeleitet hätte.

Sie mit sechs Mark für die drei Deckchen zufrieden sind?“

Das Fräulein mit dem Kneifer wehrte mit der Hand, daß ihr mit Münzen behangenes Armband lustig klirrte:

„Nein, nein — dann streifen wir.“

Michel zwinkerte munter mit den kleinen schwarzen Auglein, nahm zwei Talerstücke aus der Kasse, wickelte sie in ein Papierchen und legte sie auf den Tisch. . . .

Elise sieht nichts mehr; brennend drängt es sich ihr in die Augen; sie ringt nach Atem, und ihre Hand greift zitternd nach der Brust — wie es da innen tut!

O, jetzt weiß sie, warum sie hier überflüssig ist: diese vornehmen Damen arbeiten zum Vergnügen — sie tragen ja keine Angst um ein paar Mark für Miete und Brot — was wissen die von Hunger und durchwachten Arbeitsnächten!

Mit zuckenden Wimpern starrte sie vor sich hin. Diese Damen liefern drei Decken für sechs Mark, und sie hat nur eine und will ebenso viel! Sie weiß jetzt, daß man sie abweisen wird, und was dann? Der Vermieterin sagen: Ich habe nichts. Sie wird sie aus dem Kämmerchen jagen, und dann, was dann? Von Neuem auf die Suche nach einem Obdach und dann nach Arbeit, tagelang, wochenlang vielleicht. Und sie geht so schlecht in den alten dünnen Schuhen mit den abgelaufenen Absatzfüßen — und das Stechen in der Brust! Nein,

Vornehmer Wettbewerb.

Aus dem Arbeiterinnenleben.

Von Bernhard Westerberger.

(Fortsetzung.)

Da geht die Tür auf und drei junge, aufs feinste gekleidete Damen treten ein. Zwei sind wohl kaum mehr als sechzehn Jahre, die dritte, etwas ältere, ist ordentlich mit Putz überladen. In dem vollmanigigen Gesicht macht sich der feine Kneifer recht hübsch. Augenscheinlich gilt sie den zwei anderen, die sich immer etwas hinter ihr halten, als Anführerin. Alle drei tragen zierlich umschmürte Päckchen.

Elise hat sie teilnahmslos betrachtet; sie wird erst aufmerksam, als sie hört, wie die ältere ein Ladenmädchen fragt, ob Herr Michel einen Augenblick zu sprechen sei, und als sie sieht, wie die drei gleich darauf in das Bureau des Herrn Michel eintreten.

Sie werden etwas umtauschen wollen, denkt sie. Durch die große Glasscheibe der leicht geöffneten Tür sieht sie den freudlichen Empfang, der den Damen zuteil wird. Was sie nicht hört, errät sie aus den Mienen und Gebärden, jedes Wort wird ihr klar, obgleich sich die Unterhaltung manchmal zum Gesülter gestaltete.

„Ah, meine Damen, Sie bringen mir neue Früchte Ihres Fleißes.“

„Ja, Herr Michel, und diesmal sind es besonders feine Sachen, da dürfen Sie mit dem goldenen Lohn nicht so knausern.“

„Ei, gehen Sie, wenn Sie nur Ihr Vergnügen daran finden.“

Währenddem werden die Päckchen geöffnet. Elise sieht deutlich, wie die Damen mehrere Stickerien ausbreiteten, die Herr Michel aufmerksam mustert.

Die Jüngeren sehen einander lächelnd an; sie sind über und über rot, während die Ältere ohne Befangenheit, fast übermütig plaudert.

„Sie müssen nämlich wissen, verehrter Gönner, daß ich mir zwei Genossinnen verschafft habe, mit welchen ich nun in großen arbeiten werde. Erlaube mir vorzustellen.“ Sie nannte rasch und unbedeutlich zwei Namen.

„Nun, Herr Michel, werden wir handelseinig; ich muß Ihnen nämlich gestehen, daß wir alle drei eine große Sehnsucht nach einem stillen Konditorstündchen haben, wovon jedoch weder Papa noch Mama etwas wissen darf, also — seien Sie nicht zu hartherzig.“

Herr Michel brach in ein lustiges Richern aus. „Alles was rechtens ist, meine Damen! Aber, aber — er verzog ernsthaft das Gesicht — ich bin so reichlich versehen, die Damen überschütten mich ja von allen Seiten mit Arbeiten, und der Absatz ist so gering, daß ich eben mit dem besten Willen nicht viel bezahlen kann — doch, wenn

Alles in allem hat der Verbandstag die in ihn gesetzten berechtigten Hoffnungen nicht getäuscht, wofür auch die Zustimmung der Mehrheit der Zahlstellen Beweis abgelegt hat. Und was die Zukunft des Verbandes anbetrifft, so braucht man sich wirklich keine quälenden Sorgen zu bereiten, denn große Reserven unorganisierter Kollegen und Kolleginnen stehen uns noch zur Verfügung, die gewaltig unsere Reihen verstärken können; überall in Nebenbranchen oder abgelegenen Gruppen regt sich der Trieb zur Organisation und mit dem fortgesetzten Wachstum an Mitgliedern vermag der Verband durch seine eigene Schwerkraft die widerstrebenden Teile anzuziehen. Mit Riesenschritten hat die deutsche Gewerkschaftsorganisation im letzten Jahrzehnt ihren unbeeinträchtigen Weg zur Organisation aller organisationsfähigen Elemente und der Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen fortgesetzt. Der Deutsche Buchbinderverband ist bisher kein fauler Sproß der allgemeinen Arbeiterbewegung gewesen, er wird es auch in Zukunft nicht sein, wenn die Mitglieder den Kleinmut fahren lassen und in rastloser Weise die Grenzen der Organisation weiter zu stecken versuchen. Was der scheidende Vorsitzende, Kollege Dietrich, in Dresden als Wunsch aussprach: „Der Verbandstag in Nürnberg möge Heerschau über 20 000 Mitglieder halten“, braucht kein frommer Wunsch zu bleiben, sondern kann sich zur lebendigen Wirklichkeit gestalten, wenn wir alle unsere Pflicht immerfort erfüllen. E. K.

Im Gewerkschafts- und Parteidienst.

Bald ausnahmslos sind die angestellten Gewerkschaftsbeamten mehr oder weniger in der ihnen zuzuführenden Parteiorganisation tätig, ebenso werden die Parteiführer die ihnen geeignet erscheinenden Gewerkschaften unterstützen. Kein großer Politiker braucht man zu sein, um herauszufinden, daß diese Art Koalition zwischen Zentrum und christlich-katholischen Gewerkschaften, Nationalsozialen und christlich-ewangelischen Gewerkschaften, Freisinnigen und Kirchlich-Dunklerianern, freien Gewerkschaften und Sozialdemokraten besteht. Die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung verlangte nun bei der zuletzt angeführten und für uns in Frage kommenden Gruppe, naturgemäß je nach den örtlichen Verhältnissen, eine intensivere Tätigkeit der einzelnen zur Verfügung stehenden Kräfte. Im Laufe der Entwicklung ist das dringende Bedürfnis der Doppelbeschäftigung, durch das Heranwachsen der geeigneten Kräfte zu diesen Posten, bedeutend verringert worden. In denjenigen Organisationen, wo noch das frühere Verhältnis besteht, ist eine Betrachtung auf den Verbandstagen hierüber unvermeidlich und man braucht auch nicht gleich ein „Stänker“ zu sein, wenn man diese Frage anspricht.

wenn sie ihre Arbeit nicht los wird, geht sie nicht nach Haus — eher sterben.

Sie hört nicht, wie Herr Michel die Damen unter Lachen und Höflichkeiten an die Tür geleitet, sie merkt nicht, wie sich der Laden allmählich leert, und daß sie endlich allein steht.

„Was wollen Sie?“ Die Frage, womit sie der junge Ladenmensch annähernd, schreckt sie auf.

Stotternd, verlegen bringt sie ihr Anliegen vor, und ihre Hände fahren zitternd und ungeschickt hin und her, bis sie die geflickte Decke ausgebreitet haben, die er, ohne einen Blick darauf zu werfen, mit einer lässigen Bewegung vom Tisch nimmt und hinein ins Bureau trägt, wo Herr Michel wieder vor seiner Kasse Platz genommen hatte.

Sie stützt sich krampfhaft auf den Tisch, die brennenden matten Augen auf das Gesicht Michels gerichtet, der sich jetzt mit leichter Kopfbewegung ihrer Arbeit zuwendet. Er wehrt mit der Hand: „Nichts, nichts — wir brauchen keine Arbeiterinnen mehr — wird nichts mehr angenommen.“

Der junge Mann kommt zurück und schiebt ihr die Decke über den Tisch.

„Ist nicht“, sagte er, „haben keine Verwendung.“

Sie rafft sich auf und drängt mit einer gewaltigen Anstrengung die Tränen zurück.

„Ach — nehmen Sie mir's doch ab — ich gebe sie ja gern billig ab — ich gebe sie ja gern billig. Bitte, bitte, sagen Sie doch Herrn Michel, nur

Auf dem Dresdener Verbandstag war bei der Gehaltsfrage und Sitzverlegung eine Debatte über diese Frage naturgemäß, da ja Kollege Dietrich auch mit dieser Doppelarbeit beladen ist. Auf Seite 177 des Verbandstagsprotokolls zitiert nun Kollege Dietrich einen Satz des Verfassers aus einer Stuttgarter Mitgliedschaftsversammlung in einer Form, welche ein allgemeines Pöui der Delegierten zur Folge hatte. Kollege Dietrich referierte weiter: „Ein allgemeines Pöui war auch dort (also in Stuttgart) die Antwort.“ Gewiß haben in der Stuttgarter Versammlung Kollegen Pöui gerufen, über das „allgemeine“ kann man allerdings auch verschiedener Meinung sein und ich zweifle, ob die Stuttgarter Versammlungsteilnehmer von damals in diesem Punkte die Meinung von Kollege Dietrich als maßgebend betrachteten.

Diesen persönlich erscheinenden Ausrutsch mußte ich machen, damit weitere Erklärungen darüber von meiner Seite sich erübrigen.

Doch zum Thema weiter. Beide Teile, Gewerkschafts- und Parteibewegung sind notwendig und uns allen kann es nur zur Genugtuung gereichen, wenn unsere Gewerkschaftsbeamten auch in der Parteibewegung ihren Mann stellen. Eine Scheidung der verwendeten Arbeitskraft für den einen oder den anderen Teil ist ein praktisch nicht gut lösbares Problem und auch völlig unnötig. In unserer Organisation war Kollege Dietrich Verbandsvorsitzender mit 2000 Mk. Gehalt. Die Partei nahm Dietrich in Anspruch als Stadtrat in Stuttgart, das Jahresgehalt betrug hier bis vor etwa zwei Jahren an fixum 3000 Mk. Was die Entschädigung heute beträgt ist nicht zu erfahren. — Weiter hat Kollege Dietrich einen Reichstags- und Landtagswahlkreis mit Stichwählerfolg. Beachte ich diese intensive Tätigkeit für die Partei und sage: „Für diese Arbeitsleistung kann auch die Partei ihren Tribut entrichten.“ Wenn diese Meinung ein Pöui verdient, dann nur zu.

Die Partei hat von jeher diese Arbeitsleistungen schon entschädigt und Kollege Dietrich war davon nicht ausgeschlossen; ebensogut wie auf dem Verbandstag, außer Kollege Albert, noch mehr Kollegen anwesend waren, deren Gehalt neben den Diäten bestand. Nichts für ungut, Kollegen, lasse man aber die Kirche im Dorfe und habe nicht bössartig auf dem einzelnen herum, der gerade seiner Meinung offen Ausdruck verleihe hat.

In Nr. 19 der „Buchb.-Ztg.“ legte ich schon meine Ansicht über die Sitzverlegung dar, der Antrag wurde gestellt wie alle anderen Anträge, bevor Delegiertenwahl war. Wenn man in Stuttgart erst teils am Wahltag und nach der Wahl erwachte, dafür kann man doch jetzt nicht den „ausfälligen“ Schröter oder Frey verantwortlich machen! Im Interesse des Friedens und der

diese eine Arbeit noch — nur die eine möge er nehmen, seien Sie doch so gut —

Der Kommissar wirft einen prüfenden Blick auf die Wittstetterin. Er sieht in ein unschönes mageres Gesicht, auf eingefallene, gelblich blasse Wangen, in ein paar glanzlose Augen, die Lider geschwollen, die Lippen so well und schlaff — er zuckte die Achseln und wendet sich ab.

Noch einen Augenblick schaut sie hilflos umher.

Die Ladenmädchen räumen auf und reihen die Schachteln ein, der Kommissar spürt sein Bleistift, steckt ihn hinter's Ohr, stellt sich vor den Spiegel und streicht mit einem Taschentüchlein seinen Scheitel glatt, Herr Michel zählt drin im Geschäftszimmer den Kassenbestand, niemand bekümmert sich um sie und ihre Arbeit, nur ein kleiner Junge, der mit dem Auflesen der Papierchnitzel und Fäden beschäftigt ist, sieht einmal zu ihr auf und bittet sie, nachdem er rings alles aufgelassen, leise, zur Seite zu treten und ihm Platz zu machen.

Hastig schlägt sie die fertige Zeitung um ihre Stickerie, knüpft den Faden drum, wirft noch einen Blick umher und schleicht dann hinaus.

Sie fühlt nicht das Reißen und Stechen in der Brust, sie spürt nicht den quälenden Hunger, sie denkt nur: Morgen ist der Erste, du hast kein Geld — wenn du nur sterben könntest; sie denkt an den Fluß, die glühenden Wellen, die so rasch dahineilen. . . . (Schluß folgt.)

gedeihlichen Fortentwicklung des Verbandslebens beschränke ich mich auf diese Ausführungen, bestätige nur noch mein volles Einverständnis mit der getroffenen Gehaltsregulierung, speziell des Kollegen Dietrich und wünsche, daß Dietrich ebenso wie seither in den jetzigen Verhältnissen in gleicher Weise seine Kraft der Partei und unserer Organisation widmen möge.

Leipzig.

K. Frey.

Zur Abwehr.

Nachdem nunmehr überall die Berichterstattung vom Verbandstag erledigt, bin ich leider genötigt, einige Richtigstellungen zu machen. Die Redaktion der „Buchb.-Ztg.“ hat bisher vergessen, ihrem Bericht meine in Dresden zu Protokoll gegebene Erklärung betr. die Berichterstattung an die Parteipresse den Lesern der „Buchb.-Ztg.“ zur Kenntnis zu bringen. Ich muß das deshalb selbst nachholen. Als in Dresden einige Freunde Schmidts sich über meine Berichterstattung entsetzten, erklärte ich, daß ich dieselbe übernommen 6 Wochen vorher, ehe an eine Delegation nach Dresden zu denken gewesen sei. Die einmal übertragene Arbeit hätte ich, nachdem ich dann zum Delegierten gewählt, nicht mehr abgeben können und ein anderer Berichtersteller habe sich, wie ich noch am Tage meiner Abreise nach Dresden festgestellt, nicht gemeldet. Ferner hätte ich noch in Dresden versucht, die Arbeit der Berichterstattung dem zufällig anwesenden Kollegen Merkel aus Chemnitz zu übertragen. Dieser aber habe erklärt, nur zwei Tage bleiben und deshalb die Berichterstattung nicht übernehmen zu können. Schließlich wies ich nach, daß es nirgends eine Bestimmung gibt, wonach gerade einem Delegierten zum Buchbinder-Verbandstage verwehrt und verboten, was in allen anderen Organisationen nicht nur erlaubt, sondern vielfach eingebürgerte Sitte sei. Es wäre, wenn nicht ich über die Verhandlungen unseres Verbandstags berichtete, kein Wort davon in die weitere Öffentlichkeit gekommen und daß das nicht dem Verbands zum Nutzen gereiche, werde wohl niemand abstreiten.

Trotzdem nun Kollege Schmidt von der „mangelnden Objektivität“ meiner Berichte so bewegliche Klagelieder zu singen wußte, hat er selbst, der viel mehr Zeit hatte wie ich, von diesen meinen Ausführungen kein Sterbenswörtchen, dafür aber die Debatte gegen mich zweimal hintereinander gebracht! Ich wehre mich gegen eine solche Kampfesweise nicht, ich verweise nur darauf.

Sodann hat Kollege Kornacker-Hannover, der meine Erklärung in Dresden Wort für Wort gehört, der auch gehört, wie ich auf eine Bemerkung: ich hätte die Berichterstattung einem anderen Kollegen „weggeschnappt“, dies sofort als baren Unsinn festnagelte, in der Versammlung in Hannover erklärt: ich hätte (s. „Buchb.-Ztg.“ Nr. 30) „sogar einem beschäftigungslosen Berufsberichtersteller den Auftrag vor der Nase weggeschnappt“. Aus vorstehendem erhellt, daß Kornacker sich diese Behauptung frivol aus den Fingern gesogen hat. Das ist ihm bereits in dem Bericht über die hiesige Versammlung (s. Nr. 32) in einer etwas weniger deutlichen Form gesagt, ohne daß er bisher seine ehrenkränkende Unwahrheit zurückgenommen hätte. Es genügt wohl, wenn ich mich auch dagegen nicht wehre, sondern nur darauf hinweise, um zu zeigen, wie weit man in dem Haß wider mich gekommen ist.

Einige Zahlstellen haben denn auch die Art und Weise so bezeichnet, wie sie es verdient. Die Magdeburger Mitglieder des Verbandes haben zudem mich in gut besuchter Versammlung einstimmig ausdrücklich ermächtigt, hier zu erklären, daß sie in meiner Berichterstattung ganz und gar nichts Unkorrektes, am allerwenigsten etwas Verbötenes oder Tadelnswertes erblickten. Sie gaben ferner ausdrücklich ihre Zustimmung, als das Unterschlagen meiner Antwort in der „Buchb.-Ztg.“ durch den Kollegen Schmidt als unanständig und unehrlich von mir und anderen gebrandmarkt wurde.

Schließlich ist getabelt worden — mit vollem Rechte! — daß die Berichte in der Parteipresse so überaus „kurz und dürftig“ waren. Sowohl

dem hiesigen Bevollmächtigten wie vielen anderen Kollegen habe ich das hektographierte Original des Berichts vorgelegt und konnte die betreffenden Kollegen in der vorletzten Mitgliederversammlung öffentlich konstatieren, daß die Kürzungen in den verschiedenen Redaktionen, nicht aber von mir vorgenommen waren. Brückner-Berlin teilte der Versammlung in Berlin mit (f. Nr. 32), daß der „Vorwärts“ die Berichte von mir unverkürzt gebracht hätte. Das ist völlig unwahr: Der „Vorwärts“ hat, wie das Original ausweist, ebenfalls wichtige Stellen aus dem Bericht herausgestrichen. — Stukenbrock-Hannover, der in der Versammlung dort erklärte, ich hätte bei der Geschichte „ein Geschäft gemacht“, gebe ich den Rat, sich einmal in der Redaktion des dortigen Parteiblattes nach dem mir gezahlten Honorar zu erkundigen. Auf Grund der Auskunft und bei Berücksichtigung der „Riesensummen“, die den übrigen Arbeiterblättern zur Verfügung stehen, wird er sich dann leicht ausrechnen können, wer an dem Bericht „verdient“ hat. — Hätte die „Buchb.-Ztg.“ von vornherein meine Antwort auf die Anschuldigungen gebracht, so hätten die Mitglieder allerorts schon früher Gelegenheit gehabt, zu entscheiden, ob der „Sturm der Entrüstung“ am Plage war oder nicht. Im übrigen habe ich die diesbezüglichen Beschwerden nebst Material dem Ausschusse zur Erledigung eingehängt.

Magdeburg.

R. Albert.

Um in der jetzigen Zeit der Dissonanzen im Verbandsleben, der Erklärungen und Berichtigungen nicht auch noch eine Debatte über die Berichterstattung in der Parteipresse — über die das Urteil in Kollegenkreisen längst gesprochen ist — heraus zu beschwören, will ich mich, außer auf den Hinweis auf das nun vorliegende Protokoll vom Verbandstag, auf folgendes beschränken. Die „einige Freunde Schmidts“, die sich auf dem Verbandstag über die Art und Weise der Berichterstattung entrieten, waren ungefähr 60 an der Zahl von den 63 Delegierten, eine ganz erkleckliche Zahl, die in gleicher Stärke bei anderer Gelegenheit als meine Freunde nicht wahrzunehmen waren; und auch nicht ein einziger Delegierte hat nachträglich die Handlungsweise als zu entschuldigen versucht. Charakteristisch ist übrigens, daß A., als er in der Vorbesprechung nach seinen in allen Einzelheiten vorgetragenen Anweisungen über die Herstellung des Protokolls als berufenster Schriftführer zu diversen Mäßen vorgeschlagen wurde, stets ablehnte, den wahren Grund der Ablehnung — nämlich daß er für die Parteipresse Berichte schreibt — aber verschwiege. Hätte er ein reines Bruchstück, so brauchte er daraus kein Geht zu machen. Aber vielleicht sind jetzt mit mir viele Kollegen zu der Überzeugung gekommen, daß A. fern von jedem materiellen Vorteil nur in ideeller Aufopferung diese Arbeit übernommen hatte.

Zu meiner „unanständigen“ und „unehrlichen“ Handlungsweise, dem „Unterschlagen“ der A.schen Antwort im Bericht der „Buchb.-Ztg.“, sei bemerkt, daß es mir vollständig ferngelegen hat, diese Antwort absichtlich nicht zu bringen. Bei ihrer vollständigen Belanglosigkeit, die sie auch auf dem Verbandstage gehabt hatte, war sie mir aus dem Gedächtnis gekommen. Und um ein Haar und sie war nicht einmal im Protokoll! Meinen Bemühungen, telegraphischen und brieflichen Mahnungen ist es zu verdanken, daß diese bedeutende Erklärung nicht auch noch im Protokoll fehlt, was mir jederzeit bestätigt werden kann. Das darf wohl als Beweis dienen, daß ich nicht in schlechter Absicht, sondern im Drange der Geschäfte diese Erklärung im Bericht der Zeitung vernachlässigt habe.

Daß ich im Örgenteil zum vielbeschäftigten Kollegen A. „viel mehr“ Zeit hatte, kann wohl nur er behaupten, sonst könnten wohl einige Delegierte Auskunft darüber geben, was ich in meiner freien Zeit in Dresden getan habe, allerdings konnte ich bei dieser meiner Arbeit kein Geschäftchen machen.

Das A. ausgefallene Vertrauensvotum der Magdeburger Zählstelle ist wohl in diesem Falle bedeutungslos, hatte er Verlangen nach einem solchen, so war der Dresdener Verbandstag dazu der rechte Ort — er hat sich gehütet, dort ein solches zu verlangen! G. Sch.

Die Streiks im Jahre 1903.

(Schluß.)

Angriffstreiks wurden im Jahre 1903 603 = 47,0 Prozent aller Streiks geführt. Beteiligt waren 53763 Personen, darunter 2841 weibliche. Die Kosten für diese Streiks betragen 2539 698 Mk. Für 42 656 an den Streiks Beteiligten ist der Verlust an Arbeitszeit mit 865 870 Tagen festgestellt, von denen auf die weiblichen Beteiligten 60 430 Tage

entfallen. Diese Streikenden hatten einen Verlust an Arbeitsverdienst von 3778 041 Mk. Von den Streiks waren 281 = 46,6 Prozent erfolgreich, 154 = 25,5 Prozent teilweise erfolgreich und 148 = 24,5 Prozent erfolglos. 6 Streiks waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet.

Von 1890 bis 1903 waren insgesamt 3720 = 49,7 Prozent aller Streiks Angriffstreiks. Beteiligt waren hieran 507 847 Personen. Die Ausgabe betrug 14 539 700 Mk. Erfolgreich waren 1736 = 46,6 Prozent, teilweise erfolgreich waren 1037 = 28,0 Prozent und erfolglos waren 725 = 19,5 Prozent. Der Ausgang der Streiks war im Jahre 1903 annähernd der gleiche, wie im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1903.

Abwehrstreiks und Aussperrungen brachte das Jahr 1903 679 = 53 Prozent aller Streiks. Beteiligt waren hieran 67 830 Personen, darunter 9869 weibliche. Für 46 308 dieser Beteiligten ist der Verlust an Arbeitszeit mit 1 756 422 Tagen und der Verlust an Arbeitsverdienst mit 3 897 896 Mk. festgestellt. Auf die weiblichen Beteiligten entfallen 613 673 Arbeitstage. Die Kosten der Abwehrstreiks und Aussperrungen betragen 2 541 286 Mk. und sind somit annähernd gleich hoch, wie die für die Angriffstreiks. Von den Streiks und Aussperrungen waren 342 = 50,4 Prozent erfolgreich, 85 = 12,5 Prozent teilweise erfolgreich und 211 = 31,1 Prozent erfolglos. 15 Streiks und 30 Aussperrungen waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet, doch sind in der Statistik 26 Aussperrungen als abgeschlossen geführt, weil sie in den ersten Tagen des Jahres 1904 endeten.

Der Prozentsatz der erfolgreichen Abwehrstreiks war im Jahre 1903 höher, als der der erfolgreichen Angriffstreiks, ein Beweis dafür, wie wenig berechtigt das Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeiter war. In den Jahren 1890 bis 1903 wurden 3755 Abwehrstreiks und Aussperrungen = 50,3 Prozent aller Kämpfe, den Gewerkschaften aufgezwungen. Beteiligt waren 288 725 Personen, die Kosten beliefen sich auf 8 960 523 Mk. Erfolgreich waren 1585 = 42,2 Prozent, teilweise erfolgreich 575 = 15,3 Prozent und erfolglos 1277 = 34 Prozent der Abwehrstreiks und Aussperrungen. 1903 war der Prozentsatz der erfolgreichen Abwehrkämpfe weit höher als im Durchschnitt von 1890/1903.

Die Aussperrungen besonders darzustellen dürfte zweckmäßig sein, weil das Unternehmertum in ständig wachsendem Maße zu diesem Mittel greift, um damit die Gewerkschaften niederzuwerfen. Bisher hat dieses Mittel versagt, und es wird, dessen sind wir gewiß, auch ferner unwirksam sein. Die Wunden, welche das Unternehmertum aus diesen Kämpfen davontreibt, sind viel tiefer und bedürfen viel längerer Zeit zur Heilung, als die Wunden, welche der Arbeiterorganisation mit dieser vermeintlich wirksamen Waffe beigebracht werden. Wir können dem schließlichen Ausgang dieses Kampfes ruhig entgegen sehen. Mag auch die Arbeiterkraft in den einzelnen Phasen dieses Ringens den kürzeren ziehen, das Ende wird zweifellos nicht ein Obzieren des Unternehmertums bringen. Die Unternehmer werden durch die Aussperrungstatistik nichts anderes erweisen, als ihre Gemeenschädlichkeit und damit erfreulicherweise die Aufklärungsarbeit über die Überflüssigkeit dieser Leute im Produktionsprozeß fördern. Mögen auch die Opfer schwer sein, die die Arbeiterkraft in diesem Kampfe zu bringen hat, so sind sie doch nicht umsonst gebracht. Sie tragen vielmehr wesentlich dazu bei, daß das Ziel der Arbeiterklasse, die Beseitigung der privatkapitalistischen Ausbeutung der Arbeitskraft, sicher und schneller erreicht wird. Auf die Dauer kann eine Gesellschaftsorganisation dieses Spiel mit der Arbeiterkraft und der Wohlfahrt Hunderttausender Arbeitstätiger nicht ertragen, und zur Besserung gibt es nur ein Mittel, die Umgestaltung der Produktionsweise. Wir haben also keinerlei Ursache, über die Taktik des Unternehmertums zu klagen, denn diese wird schließlich der Arbeiterkraft zum besten dienen.

Was aber aus der Statistik an Beweismaterial für dieses gemeinschädliche Treiben der Unternehmerorganisation geboten wird, darf nicht unbenutzt vergebend bleiben und deswegen scheint es geboten, die Aussperrungen in der Statistik besonders zu behandeln. Dies kann aber nur vom Jahre 1900 ab geschehen, weil bis dahin die Aussperrungen in

der Statistik nicht angegeben, sondern als Abwehrstreiks gezählt sind. Wie schon eingangs bemerkt, wurden über die Arbeiter im Jahre 1903 82 Aussperrungen, wovon 4 Maiaussperrungen, verhängt. Betroffen wurden davon 45 763 Personen, der Verlust an Arbeitszeit betrug für 32 036 Ausgesperrte 1 512 771 Tage. Ausgesperrt wurden auch 7825 Arbeiterinnen, auf die 580 040 Tage Arbeitszeitverlust entfallen. Die Kosten der Aussperrungen beliefen sich auf 1 798 801 Mk., worin die Ausgabe für Aussperrungen der Maurer nicht enthalten ist. Diese Ausgabe ist in der für Abwehrstreiks mitverrechnet. Von den Aussperrungen endeten 32 = 39 Prozent erfolgreich für die Arbeiter, 13 = 15,8 Prozent teilweise erfolgreich und 21 = 29,3 Prozent erfolglos. In den letzten vier Jahren wurden die Arbeiter in 219 Fällen, davon 20 Fälle wegen Feiern des 1. Mai, ausgesperrt. Über die Maiaussperrungen wird von den Gewerkschaften nur ganz ausnahmsweise für die Statistik berichtet, weil die Sache in den meisten Fällen ohne Inanspruchnahme der Zentralverwaltung ihre Erledigung findet. Die in der Statistik angeführte Zahl der Maiaussperrungen erreichte nicht annähernd die Zahl der tatsächlich am 1. Mai erfolgten Aussperrungen.

Eine besondere Lehre gibt die Streikstatistik der Arbeiterschaft bei dem Vergleich des Erfolgs, der für die einzelnen Gruppen der Streiks erzielt worden ist. Ein Studium der folgenden Tabellen dürfte zur Mahnung an die Arbeiterschaft führen, bei bestimmten Differenzen mit der Arbeitseinstellung zurückhaltend zu sein.

Jahr	Angriffstreiks		Bollen Erfolg		Zeitweis Erfolg	
	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Streiks		Beteiligte	
			Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1900 ..	514	86786	237	46,1	27356	31,5
1901 ..	291	22761	109	37,4	6457	28,5
1902 ..	289	32659	117	40,4	2454	24,5
1903 ..	603	53763	281	46,6	17042	50,3
Σa.	1697	195961	744	43,8	58899	30,1
1900 ..	292	14295	132	41,7	4670	32,7
1901 ..	401	17301	149	37,1	4856	28,2
1902 ..	516	16263	226	43,6	6112	39,4
1903 ..	597	24067	310	51,8	9929	45,0
Σa.	1806	69926	806	44,6	26897	37,0
1900 ..	16	4118	11	68,7	1291	31,1
1901 ..	5	188	3	60,0	72	38,2
1902 ..	1	6	1	100,0	6	100,0
1903 ..	35	1241	7	53,8	55	4,4
Σa.	36	5653	22	63,1	1424	25,6
1900 ..	204	81081	95	46,6	13568	43,7
1901 ..	127	11323	55	43,3	4127	36,4
1902 ..	185	17899	87	48,9	6023	33,6
1903 ..	323	27918	163	50,4	7347	26,3
Σa.	839	88221	400	47,7	31065	35,2
1900 ..	240	49250	104	43,3	11169	22,7
1901 ..	108	6316	37	34,3	1815	28,7
1902 ..	10	13587	7	28,3	1476	10,8
1903 ..	209	22584	85	40,9	8596	38,0
Σa.	617	91787	248	39,3	23066	25,1
1900 ..	15	891	3	20,0	223	24,9
1901 ..	15	1230	1	6,7	18	1,4
1902 ..	4	135	2	50,0	47	13,3
1903 ..	8	433	—	—	—	—
Σa.	42	2659	5	11,9	287	10,7
1900 ..	78	6048	29	37,2	1079	17,8
1901 ..	60	2813	20	33,3	827	29,4
1902 ..	79	2938	35	46,0	1489	53,7
1903 ..	124	3060	56	45,1	1396	45,6
Σa.	341	14204	140	41,0	4791	34,0
1900 ..	129	4098	56	46,0	1776	43,3
1901 ..	213	8533	80	37,6	2220	26,0
1902 ..	277	7876	124	47,3	3207	41,8
1903 ..	294	9276	164	56,0	6768	62,2
Σa.	906	29583	424	46,8	12971	43,8
1900 ..	11	402	7	63,6	163	38,0
1901 ..	19	1235	9	47,3	683	65,3
1902 ..	22	973	5	22,7	110	11,0
1903 ..	21	784	13	61,9	976	87,5
Σa.	78	3394	34	46,0	1920	66,0
1900 ..	11	402	7	63,6	163	38,0
1901 ..	19	1235	9	47,3	683	65,3
1902 ..	22	973	5	22,7	110	11,0
1903 ..	21	784	13	61,9	976	87,5
Σa.	78	3394	34	46,0	1920	66,0

Jahr	Streiks		Beteiligte		Voller Erfolg		Teilweis Erfolg	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent

Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.								
1900	18	80,2	8	44,4	237	29,6	2	11,1
1901	21	76,4	10	47,7	169	22,1	3	14,9
1902	46	182,1	28	66,7	789	45,3	7	31,6
1903	74	497,9	40	54,1	998	20,0	14	18,9
Ca.	159	8360	86	47,8	2188	26,2	26	16,8

In den letzten vier Jahren war voller Erfolg in Prozenten der Streiks und der Beteiligten für die einzelnen Gruppen der Streiks in dieser Weise zu verzeichnen:

	Erfolg in Prozenten für Streiks	Erfolg in Prozenten für Beteiligte
Angriffsstreiks	43,8	30,1
Vertüzung der Arbeitszeit	63,1	25,6
Lohnerhöhung	47,7	35,2
Vertüzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung	39,3	25,1
Abwehrstreiks	44,6	37,0
Austritt aus der Organisation	11,9	10,7
Maßregelung	41,0	34,0
Lohnreduzierung	46,8	43,8
Verlängerung der Arbeitszeit	46,6	56,6
Nichtinnehaltung der allg. üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen	47,8	26,2

Den geringsten Erfolg hatten somit die Streiks wegen Austritt aus der Organisation und wegen Maßregelung. Dies dürfte die Arbeiterschaft veranlassen, in solchen Fällen stets sehr eingehend zu prüfen, ob die Arbeitseinstellung zweckmäßig ist, oder ob nicht der Gewaltakt der Unternehmer in anderer Weise unwirksam gemacht werden kann.

Aber die persönlichen Verhältnisse der an den Streiks und Ausperrungen Beteiligten ist zu bemerken, daß von diesen 42 602 männliche und 3437 weibliche verheiratet waren, die 97 427 Kinder zu ernähren hatten. Es sind also, trotz amtlicher Statistik, keine unreifen Elemente, von denen die Streiks geführt werden.

Beigelegt wurden die Differenzen in 458 Fällen direkt zwischen den unmittelbar beteiligten Arbeitern und Unternehmern, in 152 Fällen durch Vermittlung der Sozialverwaltung der Organisationsstellen, in 218 Fällen durch Vermittlung des Zentralvorstandes, in 47 Fällen durch Vermittlung dritter Personen und in 55 Fällen vor dem Gewerbegericht. Bemerkenswert ist noch, daß bei den Kämpfen insgesamt 1698 Mal von den Arbeitern Verhandlungen anzuknüpfen versucht wurde und daß die Unternehmer die Verhandlungen 811 Mal rundweg ablehnten. Ein Beweis für die geringe Friedensliebe vieler Unternehmer.

Die gesamten Kosten für die Streiks und Ausperrungen beliefen sich im Jahre 1903 auf 5 080 984 Mk. Davon kamen 4 511 621 Mk. = 88,8 Prozent aus Mitteln der beteiligten Organisationen, 131 559 Mk. durch freiwillige Beiträge der Mitglieder, 61 471 Mk. durch Beiträge anderer Gewerkschaften, 336 799 Mk. durch Sammlungen und 40 348 Mk. vom Auslande. In den Jahren 1890 bis 1903 verursachten die Streiks und Ausperrungen eine Ausgabe von 24 173 064 Mk., wovon 70 Prozent aus den Kassen der Organisationen kamen. Vom Auslande wurden insgesamt 387 834 Mk. an Unterstützungsgeldern gesandt. Die Ausgaben für die einzelnen Jahre zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Gesamtkosten der Streiks	Davon kamen		
		aus der Kasse der in Streik befindlichen Organisationen	Prozent der Gesamtausgabe	aus dem Auslande
1890/91	2094 922	1215 025	58,0	126 125
1892	84 638	29 271	34,0	4 610
1893	172 001	64 128	37,0	3 138
1894	354 297	85 341	24,0	2 464
1895	424 231	204 970	48,0	2 994
1896	3042 950	724 608	24,0	84 648
1897	1 257 298	775 361	62,0	1 949
1898	1 345 302	1 051 074	78,0	3 192
1899	2 627 119	2 016 157	77,0	7 079
1900	2 936 080	2 487 853	84,0	5 800
1901	2 515 888	1 784 491	68,9	103 806
1902	2 237 504	2 041 181	91,2	2 246
1903	5 080 984	4 511 621	88,8	403 348
	24 173 064	16 941 071	70,0	387 834

Vom 1. Oktober ab befindet sich das Bureau des Verbandsvorstandes sowie die Redaktion und Expedition der „Buchb.-Ztg.“ in Berlin SO. Elisabethufer 40 I.

Der Prozentfuß der Ausgaben, der aus der Verbandskasse kam, war im Jahre 1903 geringer als im Vorjahre. Es ist dies durch die Unterstützung, die für die größeren Ausperrungen gesammelt wurden, herbeigeführt.

Gewaltige Opfer wurden in wenigen Jahren von der Arbeiterschaft im Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein gebracht. Gegenwärtig zeigt sich das Unternehmertum rücksichtslos denn je. Der im allgemeinen günstige Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes im letzten Jahre wird aber das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft stärken und diese zu erhöhter Tatkraft anspornen, so daß sie auch dem erneuten Ansturm der Unternehmerorganisationen gewachsen sein wird.

Bericht vom Gantag des Gaues X.

Um 2 1/4 Uhr begannen die Verhandlungen mit Verlesung der Präsenzliste. Alle Delegierte sind anwesend. Der Vorsitzende erteilt Kollege Kaiser das Wort zu seinem Referat: Stellungnahme zu den Beschlüssen des Verbandsvorstandes betreffs Anstellung eines besoldeten Beamten für Rheinland und Westfalen und Agitation.

Vorweg sei zu diesem Punkte bemerkt, daß sich im ganzen Gau gegen den Zentralvorstand eine Verbitterung bemerkbar macht, welche diesen veranlassen sollte, Rheinland und Westfalen als legitim anzuerkennen und die Beschlüsse des Verbandstages zur Ausführung zu bringen. Wenn auch sehr sachlich diskutiert wurde, so wurden doch Maßnahmen gegen eine solche stiefmütterliche Behandlung empfohlen, bei deren Annahme der Verbandsvorstand in eine sehr prekäre Lage geraten wäre und manches würde ihm sehr unangenehm in die Ohren geklungen haben.

Kaiser führte eingangs seines Referats aus, daß ihm nach den heute abgegebenen Berichten zu urteilen, die Beschlüsse des letzten Gantags schlecht erfolgt worden seien. Seiner Meinung nach sei in bezug auf Agitation viel zu wenig geschehen. Das müsse jetzt endlich geändert werden. Wenn er sich auch bewußt sei, daß wir in unserem Gau mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so müsse gerade das jedem ein Ansporn sein, für den Verband zu kämpfen. Es seien intensive Arbeiten nötig. Jeder Kollege muß mitarbeiten und agitieren, daß wir vorwärts kommen. An der notwendigen Kleinarbeit dürfe man es nicht fehlen lassen. Zu dem christlichen Buchbinderverband übergehend, betonte Redner, daß man bei uns die vollste Neutralität stets gewahrt habe. Betrachte man sich dagegen die Agitation auf gegnerischer Seite, so werden wir finden, daß hier die Neutralität viel weniger gewahrt werde als bei uns. Die Christlichen behaupten, wir hätten keine Ideale. Sind denn die Verbesserungen unserer wirtschaftlichen Lage, die Kämpfe, die wir für die Kollegen geführt, keine Ideale? Redner schloß mit der Aufforderung, unsere ganze Kraft einzusetzen, es ist noch vieles zu tun, um im Gau X vorwärts zu kommen.

Es folgt die Diskussion. Alle Redner erklären sich mit den Ausführungen Kaisers einverstanden. Klappsch betont, daß man wie bisher die Politik aus den Gewerkschaften fernhalten müsse. Meyer empfiehlt die eifrige Werksklubagitation. Neutralen könne der Buchbinderverband nicht sein. Dringend notwendig sei die Anstellung eines Gaubeamten, er glaubt aber, daß der Verbandsvorstand aus taktischen Gründen zunächst Sachsen berücksichtigt habe, um die Dresdener Kollegen zu beruhigen, denen der Staffelbeitrag nicht bewilligt worden sei. Süß ist der Meinung, daß die Christlichen uns in unserer Agitation nur Knüppel zwischen die Beine werfen wollen. Er hält als Kenner der sächsischen Verhältnisse den Beamten auch dort für dringend notwendig. Schildbach vermißt genauere Angaben in

dem Referat Kaisers, wie die Agitation betrieben werden müsse. Er weist darauf hin, daß man die Christlichen mit ihren eigenen Waffen schlagen müsse. Ihr Statut beweise, daß sie genau dasselbe wollen wie wir und sie gehörten insofern zu uns, einer jahrzehntelang erprobten Organisation, wohingegen sie sich erst entwickeln müßten, es aber doch zu nichts bringen würden, die Christlichen müßten dahin aufgeklärt werden. Redner spricht sich für volle Neutralität aus. Er fragt an, warum nicht an den Verbandsvorstand über die Stimmung im Gau X berichtet worden ist. Im übrigen ist er der Meinung, daß auch ein angestellter Beamter nicht genügend agitieren könne, wenn es an der nötigen Kleinarbeit fehle. Michaclis befürchtet, daß, wenn es so weiter gehe, uns die Christlichen bald überflügeln würden. Er geißelt nochmals scharf die Interessenlosigkeit der Barmer Kollegen. Moh glaubt, daß die Christlichen wohl am Niederrhein etwas emporkommen würden, in Dortmund sei für sie kein Feld. Er beleuchtet etwas die Dortmund-Verhältnisse. Die Kollegen sind zu vier Fünftel organisiert, leider sei eine Anzahl alter Verbandskollegen ausgetreten, weil sie bei Crüwell sogenannte Lebensstellung erhalten hätten. Er kritisiert dann das Verhalten von zugereiften Kollegen, welche unter dem Minimum anfangen und daß sie nicht den Mut finden, das zu fordern, was ihnen zukommt. Zum Schluß unterbreitet er folgende Resolution.

- Um einheitliche Lohnverhältnisse im X. Gau einzuführen, beantragt die Zentralstelle Dortmund, folgende Minimallohnsätze zur Durchführung zu bringen:
1. 21 Mk. Minimallohn für Städte unter 50 000 Einwohner;
 2. 22,50 Mk. Minimallohn für Städte unter 100 000 Einwohner;
 3. 24 Mk. Minimallohn für Städte von 100 000 Einwohner und mehr.

Kaiser rügt, daß der Zentralvorstand so sparsam ist, die Verbandstagsbeschlüsse einfach nicht akzeptiert. Es sei seine seltene Überzeugung, daß man uns einen besoldeten Beamten nicht geben wolle und daß wir einen solchen nicht kriegen werden. Wir wären stets in der stiefmütterlichsten Weise behandelt worden. Der Zentralvorstand habe es nicht für der Mühe wert gehalten, auf die Krefelder Resolution und trotzdem ihm die Stimmung im X. Gau gut bekannt sei, auch nur mit einer Silbe zu antworten, weder in der Zeitung noch schriftlich (Bewegung). Hense bemerkt Schildbach gegenüber, daß die Resolution von Krefeld von dem derzeitigen Schriftführer besorgt worden wäre. Rief bemerkt, daß viele Kollegen glauben, sich nicht organisieren zu können, weil sie ihre Stellung nicht verlieren wollen. Schaab regt an, daß die Zahlstellenvorstände einfach ihr Amt niederlegen sollen, bis der Zentralvorstand die Beschlüsse des Verbandstags betr. Anstellung eines Gaubeamten ausgeführt habe. Er würde sich dann wohl bedenken und uns das geben, was wir verlangen können. Nachdem noch Rief ebenfalls energisch für die Anstellung eines Gaubeamten eingetreten, gab Bruns einen kleinen Situations-

* Anm. d. Red. Um den fortwährend unrichtig geäußerten Meinungen in dieser Sache entgegenzutreten, sei bemerkt: Es hat gar nicht in der Absicht des alten Zentralvorstandes gelegen, Rheinland-Westfalen bei der Anstellung eines besoldeten Gaubevollmächtigten gänzlich zu übergehen, nur wollte der alte Vorstand aus leicht erklärlichen Gründen dem neuen Vorstand die Anstellung besoldeter Gaubevollmächtigter überlassen. Nur weil für Sachsen aus später ersichtlichen Gründen die Anstellung eines besoldeten Beamten schon gegenwärtig absolut notwendig ist, vollzog noch der alte Vorstand diese Anstellung. Wie uns der zurzeit auf dem Verbandsbureau anwesende Kollege Klotz mitteilt, liegt es in seiner Absicht, bald nach Zusammentritt des Vorstandes diesem die Anstellung eines Bezirksleiters für Rheinland-Westfalen vorzulegen. Nebenbei wird der Beschluß des Verbandstags in dieser Sache meist falsch wiedergegeben. Es wurde weder beschloffen, eine bestimmte Anzahl besoldeter Gaubevollmächtigter anzustellen, noch wurden die Bezirke dafür bestimmt, sondern alle diesbezüglichen Anträge wurden abgelehnt und es in das Ermessen des Vorstandes gestellt, wieviel und in welche Bezirke er besoldete Gaubeamte anstellen will. Daß Rheinland-Westfalen mit zunächst berücksichtigt werden muß, kann wohl als selbstverständlich gelten.

bericht während der diesbezüglichen Verhandlungen auf dem Verbandstag. Allgemein war die Ansicht, daß Gaubeamte insbesondere für Rheinland und Sachsen notwendig wären. Hauelsen habe in der Kommissionsitzung eine Aufstellung gemacht, wonach 10 000 Mk. für Gaubeamte vorgezogen seien. Das könne doch unmöglich für einen Beamten berechnet gewesen sein. Der Betrag sei bewilligt und mithin haben wir das Recht, einen Beamten zu fordern. Redner verliest den Antrag, der auf dem Verbandstag angenommen wurde. Redner setzt schließlich seine Hoffnung auf den neuen Vorstand und glaubt, daß die Sache in Berlin geregelt werde. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen; die Resolution Dortmund wird dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Während der Debatte waren nicht weniger wie fünf Resolutionen eingelaufen, welche sich alle mit bemerkenswerter Schärfe gegen das Verhalten des Zentralvorstandes ausdrückten und die Anstellung eines Gaubeamten forderten. Es wurde eine dreigliederige Kommission gewählt, um eine einheitliche Resolution zusammenzustellen.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung: „Ausbau der Gauorganisation“ begründete Schildbach seinen diesbezüglichen Antrag. Es habe bisher an einer bestimmten Geschäftsführung bei Gautagen, Konferenzen usw. gefehlt. So beweise auch der heutige Gautag, daß für eine Änderung gesorgt werden müsse. Es soll solchen Zahlstellen und Vertrauensleuten, welche nicht aus eigenen Mitteln die notwendigen Kosten bestreiten können, ihr Erscheinen durch entsprechende Beihilfe aus der Gaukasse ermöglicht werden. Redner verliest ein von ihm ausgearbeitetes Regulativ, welches für den Gau X diese Angelegenheit endgültig regeln soll. Die Hauptgehaltspunkte des Regulativs sind folgende: Die §§ 1 bis 4 lehnen sich an das Statut an und behandeln die Zusammenfassung des Gauwes, Zweck und Befugnisse desselben. § 5 sieht zur Deckung kleinerer Agitationskosten, Delegationsgelder für Vertrauensleute in Orten ohne Zahlstelle einen Beitrag der einzelnen Zahlstellen vor, etwa pro Mitglied und Quartal einen Beitrag von 10 Pfennig an die Gaukasse. § 6 behandelt die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte vor und während dem Gautag.

§ 7 endlich bestimmt die zulässige Zahl von Delegierten (bis zu 40 Mitgliedern 1 Delegierter, über 40 Delegierte, im Höchstfalle sollen 3 zugelassen werden); bestimmt ferner die finanzielle Unterstützung von schwach stehenden Zahlstellen, wenn deren Vertretung auf besonderen Tagungen wertvoll erscheint.

Der Antrag wird allgemein für diskutabel erklärt, allein man konnte einen endgültigen Beschluß nicht fassen, weil die Delegierten dazu ohne weiteres nicht kompetent waren. Kisters, Bruns, Pfaff und Michaelis sprechen gegen die höheren Lokalabgaben, welche durch die Annahme des vorliegenden Antrags entstehen. Auf Anregung Bruns wurde derselbe dem Gauvorstand zur Berücksichtigung und Ausarbeitung überwiesen. Die Zahlstellen sollen durch Zirkular von dem fertiggestellten Regulativ zur Begutachtung aufgefordert werden.

Zu Punkt 5 lagen drei Anträge — Essen, Köln und Solingen — vor auf Verlegung des Gauvorortes. Bruns begründet den Antrag. Er erklärt, daß er die Bemühungen des bisherigen Gauvorstandes anerkennen müsse. Er habe durchaus nichts gegen irgend eine Person, sei aber der Meinung, daß Elberfeld zu weit abgelegen sei, um von da aus die Agitation in der notwendigen Weise zu betreiben. Ihm scheine Köln als der geeignetste Ort, weil im Zentrum gelegen und von überall gut zu erreichen. Laesch tritt für Essen ein und hebt hervor, daß dort die Kollegen, welche sich in der Agitation bewähren, in unabhängigen Stellungen befinden und überall tüchtig eingreifen können. Ebenso müßte man darauf sehen, daß die Kollegen auch zur Führung der Geschäfte geeignet seien. Schildbach ist dafür, den Gauvorort noch nicht zu verlegen, bis die Angelegenheit wegen dem Gaubeamten geregelt ist. Er hält Elberfeld-Barmen für am besten geeignet, weil dort noch sehr viel zu tun ist. Süß weist hin auf die notwendigen Arbeiten in Westfalen und spricht für Essen. Kaiser betrachtet die Sache lediglich von der praktischen Seite und muß sich sagen, daß Köln besonders als

Ausgangspunkt der christlichen Bewegung für den Gauvorort in Betracht kommen müsse. Es sprechen noch Klappack, Meyer, Rief und Deichmann für Essen, Weismüller und Nießen für Köln, Hallepape gegen Beschlußfassung. Frenken ist der Meinung, daß die Essener Kollegen, welche in unabhängiger Stellung stehen, sich eifrig an der Agitation in Westfalen beteiligen können, hingegen könne man den Gauvorort nach Köln verlegen und eventuell gegebenenfalls Kollegen Kaiser als Gaubeamten in Vorschlag bringen, was um so selbstverständlicher sei, als Kaiser wegen seiner Aufopferung für den Verband in immer schlechtere Stellen gekommen ist. Bei der nun folgenden namentlichen Abstimmung entschieden sich für Köln: Barmen, Dortmund, Düren, Elberfeld, Köln und Solingen; für Essen stimmten Düsseldorf, Duisburg, Hagen, Essen, Krefeld, Lüdenscheid, Mülheim und Wachen. Essen war somit mit 8 gegen 6 Stimmen gewählt.

Dieselei bemerkt, daß er jetzt abreisen müsse und bittet, für den nächstjährigen Gauausflug Hagen zu berücksichtigen.

Die Resolutionskommission unterbreitete hierauf der Versammlung zwei in sich abgeschlossene Resolutionen, welche nach kurzer Begründung durch Meyer einstimmig angenommen wurden.

1. Der am heutigen Tage in Köln stattfindende Gautag des 10. Gauwes bringt seine Verwunderung zum Ausdruck, daß der Zentralvorstand es nicht der Mühe für wert gehalten hat, auf die Resolution, welche in Krefeld einstimmig gefaßt worden ist, zu antworten. In Anbetracht der Wichtigkeit der Sache müssen wir ein derartiges Verhalten entschieden verurteilen.

2. Der heute am 4. September in Köln stattfindende Gautag des 10. Gauwes beauftragt den Gauvorstand, mit dem Zentralvorstand in Verbindung zu treten, um zu erfragen, welche Gründe den Zentralvorstand abhalten, die Beschlüsse des Verbandstages betreffs Anstellung eines besoldeten Gaubeamten nicht Folge zu leisten. Sollte sich der Zentralvorstand weiter ablehnend verhalten, so wird der Gauvorstand beauftragt, eine Beschwerde an den Ausschuß einzureichen.

Brunns schlägt vor, die Angelegenheit dem neuen Vorstand zu unterbreiten, da dieser sich der Sache wohl entschiedener annehmen werde. Dem widersprechen Hallepape und Schaab. Der neue Vorsitzende komme zweifellos jetzt schon zur Kenntnisnahme der Geschäftsangelegenheiten nach Stuttgart und wäre derselbe dann gleich unterrichtet. Die sofortige Absendung wird beschlossen.

Sobann macht Hense Mitteilung über die Höhe der Kosten des Gautags und bittet, die Höhe der Delegationsgelder festzusetzen. Bewilligt wurden 8 Mk., die ganzen Kosten betragen 26,25 Mk., so daß jede Zahlstelle 2,02 Mk. zu entrichten hat.

Kaiser regt noch einmal die Taktfrage an gegen die christliche Berufsorganisation. Er hält dafür, daß man diese ruhig gewähren lasse und sich um sie gar nicht bekümmere. Frenken ist gegen teiliger Meinung. Er bedauert, daß der Redakteur grobe Insinuationen der „Westf. Arb.-Ztg.“ und der Agitatoren, welche aus Mangel an brauchbarem Agitationsmaterial gegen uns sich solches mit den Haaren herbeiziehen, immer unwidersprochen läßt. So habe die „Westf. Arb.-Ztg.“ auch geschrieben, hinter der Sitzverlegung von Stuttgart nach Berlin stünde in erster Linie die sozialdemokratische Partei. So sehr er die neutrale Haltung des Redakteurs unterfühle, hier gehe er entschieden zu weit und müßte die Deutschen energisch zurechtsetzen.*

Süß beleuchtet einige Vorgänge in Essen. Dort haben die Christlichen es abgelehnt, mit uns zusammenzugehen. Hense empfiehlt, das christliche Gewerkschaftsblatt zu lesen; aus diesem könne man das geeignetste Agitationsmaterial gegen die christliche Bewegung schöpfen.

* Ann. d. Red. Wenn statt diesem Monitum der Kollege F. uns die diesbezügliche Zeitungsnote zugesandt hätte, wären wir ihm nicht allein sehr dankbar, sondern es wäre vielleicht auch seinem Wunsche entsprochen worden. Es ist uns natürlich vollständig unmöglich, alle Zeitungen lesen zu können, weshalb es sich jeder Kollege zur Pflicht machen sollte, Notizen, die er über unseren Verband in anderen Zeitungen vorfindet, an uns einzusenden. Darin wird leider von unseren Kollegen sehr wenig getan.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nachdem noch Hagen als nächstjähriger Ausflugsort akzeptiert war, schloß der Vorsitzende Hense mit dem Wunsche, daß nun alle eifrig für den Verband tätig sein möchten, mit einem kräftigen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband die Versammlung.

D. J. F.

Berichtigung. Der Kollege Süß-Essen berichtet, daß er betreffs der Anfertigung der Bilder des verstorbenen Herrn Krupp falsch unterrichtet gewesen sei. Der Preis dafür ist von 4 Mk. auf 2,35 Mk. pro 100 Stück heruntergedrückt worden, nicht wie es im Bericht heißt auf 1 Mk.

Korrespondenzen.

Stuttgart. „Der Verbandstag und seine Kritiker“ war das Thema, das der neue Verbandsvorsitzende Kloth am Montag den 19. ds. Mts. in einer Versammlung unserer Zahlstelle behandelte. Auf die Wiedergabe des Referats kann hier an dieser Stelle vollständig verzichtet werden, da der wesentlichste Inhalt desselben vom Referenten selbst an anderer Stelle des Blattes in Form eines Artikels wiedergegeben ist. Ich beschränke mich daher auf die Wiedergabe der Diskussion, in der begreiflicherweise die Sitzverlegung eine gewichtige Rolle spielte.

Erster Diskussionsredner war Böttcher, der seine von Kloth kritisierten, in der Reutlinger Versammlung getanen Ausführungen verteidigte. Kloth besitze die besondere Eigenschaft, das Herauszuweisen, was nicht darin steht, er habe aber kein Recht dazu, das aus dem Bericht herauszulesen, was ihm gefalle, sondern nur das, was darin steht. Er (Böttcher) werde sich das Recht nicht nehmen lassen, scharfe Kritik an den Arbeiten des neuen Vorstandes zu üben und er nehme es als sein gutes Recht an, ebenso rücksichtslos für eine Amtsentsetzung Kloths zu plädieren, wie man Dietrich seines Amtes entsetzt hat, wenn es sich auf dem nächsten Verbandstag herausstellen sollte, daß Kloth dem Amte nicht vorstehen könne. Kloth fehle entschieden die reiche Erfahrung Dietrichs. (Zustimmung.) Das habe er in der Reutlinger Versammlung gesagt und nichts anderes, und darauf bestuhe er auch heute. Andererseits habe er aber auch die Kollegen ermuntert, dem neuen Verbandsvorstand Vertrauen entgegenzubringen. So in Pforzheim, wo die Ansicht zutage getreten ist — die auch vielfach in Stuttgart anzutreffen ist —, daß viele Delegierten auf dem Verbandstag nicht mit der Wahrheit herausgerückt sind, daß die Berliner nur deshalb für die Sitzverlegung eingetreten sind, um Dietrich los zu werden. Wären die Stuttgarter Delegierten auf dem Verbandstag nochmal vor der Abstimmung zum Wort gekommen, so wäre die Abstimmung gewiß anders ausgefallen, denn so glänzend war das Stimmenverhältnis nicht; anders bei der Staffelleitungsfrage.

Kloth sucht dem Vorredner zunächst nachzuweisen, daß er ihn in einem Falle mißverstanden habe, er habe doch nicht einen Teil der Delegierten als Dummköpfe bezeichnen wollen, sondern gesagt: Wenn man die jetzigen Kritiken lese, müsse man auf den Gedanken kommen, diesmal seien die ausgefuchtesten Dummköpfe als Delegierte nach Dresden gesandt worden. Unverständlich sei ihm ferner eine Äußerung Böttchers, daß die Leipziger ihn (Kloth) wegen seines Radikalismus als Verhandlungsleiter mit den Prinzipalen abgelehnt, es wäre ihm erwünscht, darüber von Böttcher näheres zu hören, ihm sei dergleichen nicht bekannt. Redner zählt die Zahlstellen auf, die sich mit den Verbandstagsbeschlüssen einverstanden erklärt und die, die sich nicht einverstanden erklärt haben, erstere bilden die entschiedene Mehrheit. Seiner angekündigten Absehung sehe er mit der größten Ruhe entgegen, wie für ihn im übrigen mit der Annahme des Vorstages im Verband keinerlei materielle Vorteile verknüpft sind, sondern eher Nachteile. Wenn Böttcher aber für sich in Anspruch nehme, als Delegierter auf dem Verbandstage nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben, so müsse er das Gleiche doch auch den anderen Delegierten zugestehen. Eine solche Kritik, in so scharfer Weise, wie sie Böttcher übe, gereiche aber dem Verband nicht zum Vorteil, das müsse nun auch endlich einmal aufhören, um die Einheit in der Aktion

des Verbandes nicht zu gefährden und um wieder Ruhe und Frieden im Verband einzuleiten zu lassen.

Remmlinger meint, daß die Versammlungsberichte in der Zeitung auch nicht immer als zuverlässig zu betrachten sind, das treffe auch für den Bericht der Stuttgarter Versammlung zu, in der der Bericht vom Verbandstag gegeben wurde. Durch solche Berichte habe Kloth auch vielleicht ein falsches Bild von der Meinung der Mitglieder erhalten. Im übrigen meint Redner, daß es eine dankbare Aufgabe Kloths gewesen wäre, wenn er endlich einmal die ausschlaggebenden Gründe für die Sitzverlegung vorgetragen hätte (Zustimmung), bis jetzt warten die Stuttgarter immer noch vergebens darauf. Die Sitzverlegung sei ein Schimpf für Stuttgart. Seinerzeit, als es unter schwierigen Verhältnissen galt, den Verband, das kleine Verbandskindle aufzupäppeln, habe sich Berlin nicht um den Sitz gerissen; der Eindruck bleibe haften, als seien in Berlin einige gewesen, die sagten: Gang weg und laß mir na!

Vender erklärt, weshalb in Stuttgart so große Unzufriedenheit über die Verbandstagsbeschlüsse herrsche. Außer der Sitzverlegung sei es auch namentlich der Umstand, daß die Stuttgarter mit den beschlossenen Unterstufungen nicht zufrieden gefüllt sind, sie hätten gern einen noch höheren Beitrag geleistet, wenn ihnen mehr geboten wäre, allerdings treffe auch hierbei den Stuttgartern selbst ein Vorwurf, weil sie es unterlassen haben diesbezügliche positive Anträge zu stellen. Eine Invalidenunterstützung hätte sollen zur Einführung gelangen, die Stuttgarter möchten jetzt selbst eine solche gründen, was jedoch für den zentralistischen Charakter unserer Organisation nicht vorteilhaft sei. — Trifftige Gründe finde auch er nicht für die Sitzverlegung. Den Leipziger und Berlinern könne er es aber schließlich nicht verübeln, wenn sie für die Sitzverlegung stimmten. Einen unangenehmen Eindruck habe es gemacht, daß Stuttgart selbst für die Sitzverlegung eingetreten sind, und den Beschluß gefördert habe es sicher, daß von Seiten der Leitung nicht entschiedener gegen die Sitzverlegung aufgetreten worden ist, daraus konnte man schließen, daß es dort gewünscht wurde. Die Stuttgarter werden ein wachsaues Auge auf die neue Leitung haben, aber sie wissen auch, was ihre Pflicht als Verbandskollegen ist.

Wöckler vermisst ebenfalls stichhaltige Gründe für die Sitzverlegung und glaubt, daß es auf eine Schieberei von Berlin aus zurückzuführen ist. Der neue Vorstand werde in der Agitation mehr leisten können, da ihm mehr Mittel zur Verfügung ständen. Redner spricht für den Staffeleibtrag, der den Provinzialstädten genutz hätte. Weiter polemisiert Redner gegen die Stellung des Redakteurs zur Frage des Generalstreiks.

Veder hatte erwartet, daß Kloth sich mehr über das auf dem Verbandstage Geleistete auslassen hätte, anstatt sich so eingehend mit den jetzigen Kritiken zu befassen. Die Sitzverlegung lasse ihn kühl, Stuttgart wird auch ohne Verbandsvorstand weiter kommen. Dem neuen Verbandsvorsitzenden sollte aber mit auf den Weg gegeben werden, für die Einführung einer Invalidenunterstützung Sorge zu tragen, die von den Kollegen sehnlichst gewünscht wird.

Schröter äußert sich zur Beitragsfrage und erklärt besonders, daß er mit niemandem auf dem Verbandstag vorher über die Sitzverlegung gesprochen; die vielfachen Gründe dafür ließen sich nicht so schnell anföhren, er sei aber bereit, das in einer besonderen Versammlung zu tun.

Schleich senior meint, er schäme sich, wenn er das Protokoll des Verbandstags lese, es sei bei der Sitzverlegung oft von dem geistig niedrigen Niveau des Verbandsvorstandes die Rede. Das gehe hauptsächlich die Weisiger an, also auch ihn. Er habe seit langen Jahren seine schwachen Kräfte in den Dienst des Verbandes gestellt, weshalb ihn dieses Urteil besonders unangenehm berühre, er glaubt, daß der Verbandsvorstand nicht Intelligenzen nach gewissen Leuten's Geschmack besaß. Das fortwährende Opponenten müsse aber aufhören, wenn auch etwas vorgekommen wäre, was nicht so ganz recht ist.

Nachdem noch Grell sich über die einzelnen Verbandstagsbeschlüsse allgemein geäußert, versucht Kloth im Schlußwort einige Unrichtigkeiten richtig

zu stellen. Neue Gründe für die Sitzverlegung könne er auch nicht mehr anföhren, wenn die bisher angeführten den Stuttgartern nicht genügen. Der Hauptgrund sei, daß von Berlin aus in der Tarifsache besser vom Verbandsvorstand aus gearbeitet werden könne; seiner Meinung nach gehöre auch die Leitung in die Zentrale eines Betriebs. Redner zerstreut noch die geäußerten geföhlichen Bedenken, die bei der Sitzverlegung angeführt wurden.

Eine Resolution, die sich mißbilligend über die Sitzverlegung usw. ausdrückt, findet bei schwacher Stimmbeteiligung keine Majorität.

Die Frage des Staffeleibtrags (Antrag von Annaberg-Buchholz auf Urabstimmung) wird zur nächsten Versammlung vertagt.

Stuttgart. Zu Ehren des seitherigen Verbandsvorstandes sowie der am 1. Oktober nach Berlin übersiedelnden Kollegen Hauweisen und Schmidt veranstaltete die Zahlstelle Stuttgart am 17. September im Festsaal des Gewerkschaftshauses eine Familienunterhaltung verbunden mit Abschiedsfeier. Außer anderen zahlreich erschienenen Gästen wurden wir hauptsächlich angenehm berührt durch das Erscheinen je einiger Kollegen aus Reutlingen, Eßlingen und Gmünd.

In warm empfundener Rede gedachte der Vorsitzende Frey der scheidenden Kollegen, sowie auch des, leider durch Krankheit am Erscheinen verhinderten seitherigen Vorsitzenden Dietrich, der durch 19 Jahre in aufopferungsvoller Tätigkeit seine ganze Kraft der Organisation gewidmet habe. Auch in den scheidenden Kollegen Hauweisen und Schmidt verlieren wir Kollegen, welche Stuttgart ungerne vermissen werden, doch hoffen wir, daß dieselben in Berlin unter neuer Leitung in ebenso treuer Pflichterfüllung für die Organisation tätig sind wie seither, in diesem Sinne wünsche er allen ein herzliches Lebewohl.

In kleinen Ansprachen verabschiedeten sich hierauf Hauweisen und Schmidt von den Stuttgarter Kollegen, der Zahlstelle auch fernerhin ein gutes Vorwärtkommen wünschend. Unter den Anwesenden herrschte eine richtige Abschiedsstimmung, die trotz zahlreich eingestruener Chöre des Buchbindermännerchors, sowie Pflon- und Violinfolis und Deklamationen nicht verschleucht werden konnte.

Essen-Nuhr. In außerordentlicher Generalversammlung, die anschließend an eine öffentliche Versammlung am Samstag den 17. September stattfand, wurde die Wahl des Gauvorstandes vorgenommen und waren trotz vorgerückter Stunde noch 33 Mitglieder anwesend. Nachdem von den beiden Delegierten Laesch und Rief eine kurze Übersicht über die Verhandlungen des Gautags in Köln gegeben, im übrigen aber auf die betreffenden Berichte in der „Buch.-Ztg.“ verwiesen wurde, konnte in die Wahlhandlung eingetreten werden und gingen aus derselben hervor: Laesch als Gauvorsitzender, Laesch als Gauaffierer und Leiter des Gauarbeitsnachweis, Rief als Schriftführer, Lübbeling als Beisitzer. Das Resultat wurde freudig begrüßt, ist doch dadurch eine kräftige und eifrige Agitationsarbeit gewährleistet. Der Vorsitzende verwies noch kurz auf den in voriger Nummer der „Buch.-Ztg.“ erschienenen Versammlungsbericht aus Köln, worin die Ansicht einer abermaligen Verlegung des Gauvorortes dargelegt ist, da, wenn ein Gauleiter angestellt würde, dieser doch nicht nach Essen könne. Dem gegenüber sei festzustellen, daß gerade Essen, weil inmitten des Agitationsfeldes gelegen, der günstigste Ort für das Domizil eines Beamten sei, daß die Buchdrucker ihre beide Gaubeamten in Essen haben, desgleichen eine Reihe anderer Gewerkschaften; auch würde oft ein gemeinschaftliches Arbeiten mit den Buchdruckern möglich sein.

Flensburg. Wohl wenigen der Verbandstagsdelegierten wird es so leicht gemacht worden sein, über den verflochtenen Verbandstag zu referieren, als unserm Kieler Kollegen Hündfleisch in der Versammlung der hiesigen Zahlstelle am 27. Juli. In leicht faßlicher, anschaulicher Weise gab derselbe in ca. 1 1/2 stündigem Vortrag ein recht klares Bild vom Dresdener Verbandstag. Durchsieht man die Berichte der anderen Zahlstellen zu dieser Sache in unserer Zeitung, so liest man fast immer von sich daran anknüpfenden Diskussionen, von Fragen und Urteilen über die Tätigkeit und Beschlüsse der Delegierten. Doch nichts von alledem hier. Nach-

dem Redner seinen Vortrag beendet, forderte unser Vorsitzender Ahrens die Kollegen auf, sich über das Gehörte zu äußern. Aber kein einziger meldete sich. Schriftführer Holm erbat sich Auskunft über die Gültigkeit von Zahlstellenbeschlüssen in Zukunft, welche Frage gerade für unsere Zahlstelle in letzter Zeit zu einer brennenden geworden ist. Das war alles, was die organisierten Kollegen der Zahlstelle Flensburg von dem Verbandstag wissen wollten. Von 18 Mitgliedern waren nur 10 erschienen, 2 fanden ein Turnvergügen interessanter und die anderen fehlenden scheinen es überhaupt nicht für nötig zu halten, die Versammlungen zu besuchen. Kollegen, wenn es so fortgeht, kommt unsere Zahlstelle auf den Hund. Wir haben im letzten Jahrzehnt, dank eines regen Versammlungsbesuchs und eines sich daraus folgender straffen Zusammenhaltens, verhältnismäßig viel erreicht. So haben wir die Löhne von 12—15 Mk. auf 18—25 Mk. gebracht; die Arbeitszeit um eine Stunde verringert und das Kost- und Logisystem beim Meister abgeschafft. Diejenigen Kollegen, welche so eifrig für Aufhebung der Strafgeelder plädieren, sollten doch zeigen, daß sie es nicht getan haben, um ungestraft die Versammlungen schwänzen zu können. Zum Zweiten möchte ich bitten, die privaten Streitigkeiten nicht mit in die Versammlungen zu bringen. Sobald man die Tür zum Versammlungslokal hinter sich zugemacht hat, darf man nur noch der organisierte Buchbindergehilfe so und so sein, dann muß man vergessen können, daß dieser privatim dies und das gesagt hat, oder daß jener einem da und da im Wege steht. So muß man denken und handeln können. Wenn das in erster Linie die älteren Kollegen tun wollten, so würde das die jüngeren zur Achtung vor dem mehr erfahrenen Alter zwingen und zur Nachahmung anspornen.

Lübeck. Sonntag den 11. ds. Mts. feierten wir unser 10. Stiftungsfest, wozu die Hamburger, Harburger und Altonaer Kollegen erschienen waren. Nach den gegenseitigen Ansprachen wurde ein Rundgang durch die Stadt unternommen, um dann abends noch dem Tanzbein zu seinem Rechte zu verhelfen. Leider verstrichen die schönen Stunden zu rasch. Der Graphischen Liedertafel sowie den Harburger, Hamburger und Altonaer Kollegen den besten Dank, sowie den Schweriner, Kieler und Flensburger Kollegen für die Telegramme. Hoffen und wünschen wir, daß jeder Kollege seiner Pflicht bewußt ist und die Versammlungen besucht, um zum Wohle des Verbandes und der Zahlstelle zu wirken.

Gingesandt.

Berlin. Ein weißer Haba unter den Arbeitgebern wurde vor einigen Jahren der Kommerziant Krause, Inhaber der Vuzuspapierfabrik Max Krause, Alexandrinerstraße, im „Vorwärts“ genannt. Und das mit Recht, und zwar aus dem Grunde, weil er seinem gesamten Personal alljährlich einen achtstägigen Urlaub gewährt und ihm auch für diese Zeit den vollen Lohn auszahlt.

Nun ist jedoch seit ungefähr 1 1/2 Jahren ein früherer Reisender des Geschäfts zum leitenden Direktor avanciert. Dieser Herr scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die Arbeiterinnen zu höheren Leistungen zu veranlassen, ganz besonders die in der Musterstation. Er läßt die hier seit Jahren tätigen fünf Arbeiterinnen durch die Fenster von anderen Angestellten heimlich beobachten, ob sie etwa für einen Augenblick die Hände ruhen lassen. — Trotzdem seit etwa 14 Tagen jede Einzelleistung aufgeschrieben werden muß und er genau die Leistungen der einzelnen taxieren kann, so scheint ihm der bis jetzt verdiente Lohn zu hoch zu sein, er äußerte, daß er für eine Arbeit, die jetzt mit 15 Mk. die Woche entlohnt wird, nur 9 Mk. verausgaben brauche, da ihm für diesen Preis sich genug Arbeiterinnen angeboten hätten. Wenn man nun in Betracht zieht, daß zu derartigen Arbeiten, wie sie hier verlangt werden, Übung gehört, so sind für eine Arbeiterin, die 17 Jahre im Betriebe tätig war, 15 Mk. Wochenlohn wohl nicht zu viel. Eine andere erhielt 12,50 Mk. Ein Mädchen, das vor 6 Jahren mit 9 Mk. eingestellt wurde, kriegt jetzt einen Wochenlohn von sage und schreibe 10 Mk. Da nun kürzlich von sämtlichen Arbeiterinnen dieser

Station eine Lohnerhöhung angestrebt wurde, war der Herr noch mehr erbittert. Um Uneingeweihten über die Arbeit, die hier zu verrichten ist, in Kenntnis zu setzen, muß noch gesagt werden, daß hier die Musterbücher gefleht werden, die die Reisenden mit in die Welt nehmen. Da muß die Arbeiterin jede Sorte Papier genau kennen und von ihr mit einem dementsprechenden Zeichen und Nummer versehen werden. In der flauen Zeit werden sogenannte „Belemele“ gemacht. Diese Sachen werden von zurückgesetztem Briefpapier, Kuverts und Karten zusammengesetzt und erfordern, um etwas Harmonie in die Zusammenstellung zu bringen, verhältnismäßig viel Zeit. Diese Arbeit scheint der Direktor nicht recht taxieren zu können, sie dauert ihm immer zu lange.

Vor etwa 14 Tagen nun trat er in das betreffende Zimmer und wandte sich an die älteste Arbeiterin mit den Worten: „Frau M., Sie sind beobachtet worden, daß Sie fortwährend stille sitzen.“ Diese, eine sehr fleißige Arbeiterin, weist ganz entschieden den Vorwurf zurück, sie beruft sich auf die immer anwesende Direktrice, die das gewiß nicht so einfach hätte hingehen lassen. Die Kolleginnen, ebenfalls verblüfft durch eine derartige Rede, stehen ihr bei. Hierdurch ganz wütend gemacht, sagt der Direktor zu einem jungen Mädchen, die sich am meisten für ihre Mitarbeiterin ins Zeug gelegt hatte, sie sei entlassen. Dies war den anderen denn doch zu viel, sie legten alle sofort die Arbeit nieder. Sogar die Direktrice erklärte sich mit ihnen solidarisch und reichte sofort ihre Kündigung ein. Sämtliche fünf Arbeiterinnen sind nicht organisiert, haben aber stets für das Interesse des Geschäftes gestrebt. Nun sieht man wieder, was ihnen das eingebracht hat. Sie fliegen, wenn es einem Vorgesetzten nicht mehr paßt, ebenso unbarmherzig auf die Straße wie jeder andere auch. Und daß es längst darauf abgesehen war, ist an der ganzen Behandlung seit längerer Zeit zu merken gewesen. Darum sollte sich jeder Arbeiter respektive jede Arbeiterin ihrer Organisation anschließen, um bei eventuell vorkommenden Fällen den Verband im Rücken zu haben. Eine Kollegin.

Literarisches.

Die „**Neue Zeit**“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Diez Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 51.

„**Soziale Praxis**“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 51.

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Diez Verlag) ist uns Nr. 20 des 14. Jahrgangs zugegangen. — Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Briefkasten.

J. S. in D. Signet sich nicht zur Veröffentlichung, bedürfte übrigens der Zustimmung des Bevollmächtigten, um veröffentlicht zu werden.

D. G. in M. Die Protokolle werden nun bereits in Ihrem Besitz sein.

F. S. in G. Von Ihrer Zuschrift ist nur das von Belang, was ich gebracht habe, alles andere hat nur lokales Interesse.

G. D. in S. und G. N. in M. In nächster Nummer. Zurückgestellt: Bericht aus Mex und München.

Der Ueberlieferung nach Berlin wegen muß der Redaktionsschluß für die nächste Nummer schon am Montag den 26. mittags erfolgen. Die Einsender von Berichten und Inseraten werden gebeten, das zu beachten.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.
Brandenburg a. S.: Joh. Faber, Blumstraße 8 I.
Heißbrunn: Fritz Diem, Kirchbrunnenstraße 10 IV.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahlung.

Straßburg i. G. Z. S. Dettler, Alter Fischmarkt 29 III; von 7—7 1/2 Uhr, Sonntags von 12 1/2—1 1/2 Uhr. L. U. Dl. 21 Mk. Az. 10 und 11 St.

Anzeigenteil.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Straßburg i. G.
Am 11. September verstarb unsere Kollegin
Emilie Briva
nach langer Krankheit in ihrem 20. Lebensjahre.
590] Sie ruhe in Frieden! [L.10
Die Verwaltung.

Zahlstelle Berlin.
Am Sonntag den 9. und 16. Oktober
Urania-Vorstellungen
in der „Urania“, Taubenstraße 48/49.
Vortrag: „**Die Insel Rügen.**“
Billets à 60 Pf. inkl. Garderobe sind bei den
Berufstufenvertrauenspersonen, in den Zahlstellen und
in unserem Bureau zu haben. [L.40
591] Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Berlin.** Achtung!
Mittwoch den 28. Septbr., abends 8 Uhr
Branchen-Versammlung
der Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
592] Tagesordnung: [2.00

1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Berliner Buchbindereien und Buchdruckereien.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Wir ersuchen alle Kollegen und Kolleginnen, in dieser wichtigen Versammlung vollzählig zu erscheinen.
Die Vertrauenspersonen.

Am Montag den 12. September verschied nach längerem Leiden unser Kollege und Mitglieb
Alfred Schönfeld.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder der Sterbekasse der Berl. Buchb.
593] Wübben & Co. [1.00

Der Presser [0.90
Richard Lange
aus Leipzig, Buchnummer 59775, wird hiermit auf-
gefordert, das aus der Bibliothek entlehene Buch um-
gehend einzufenden.
Um Angabe seiner Adresse wird gebeten.
594] Zahlstelle Braunschweig.
Mag Geißler, Goslarstraße 51 a III.

Das Protokoll vom Verbandstag

ist erschienen.
Preis für Mitglieder von den Bevollmächtigten bezogen 10 Pf., bei Einzelbezug vom Verbandsbureau 20 Pf. Für Nichtmitglieder 50 Pf.
Eine nicht geringe Anzahl von Zahlstellen hat noch keine Bestellung gemacht. Größerer Vorrat ist noch vorhanden.

Der den Aufenthaltort des Stuarbeiters
Max Schöbel,
geb. den 8. Dezember 1880, aus Eisenberg kennt, wolle unverzüglich Nachricht an die Zahlstelle Eisenberg (S.-M.) gelangen lassen. 595] [0.60

Fordere hiermit Herrn [0.70
Wilhelm Dreher,
Berlin, Michaelkirchplatz 8, auf, seinen Verpflichtungen bei mir nachzukommen.
Paul Schmale,
596] Nixdorf, Prinz Handjerystr. 51.

Buchschneidfarben
in den modernsten Farbentönen
(glättbar), liefert pro Liter 3 Mk.
Paul Szigris, Marmorierlehrer,
597] Leipzig, Talstr. 1. [1.60

Gravierungen
zur Hand und Presse nach jeder Zeichnung werden sauber angefertigt von 598] [1.20
F. Klement, Leipzig, Seeburgstraße 36.

Wieder-
verkaufer
Rabatt!
ff. CIGARILLOS" ff.
NEUHEIT.
MARKE
NEUHEIT.
Berühmtes Jahrhundert
Hochfeine Cigarillos mit Sumatradecke und Patentmündstück.
Nur in Originalkisten à 100 Stück lieferbar. Billigster Engros-
preis: 500 Stück nur Mk. 12,80 franco. Je 5 Stück in hübschen
Etuais mit ca. 100 verschiedenen Portraits und Biographien der
berühmtesten Persönlichkeiten des letzten Jahrhunderts. Nur
gegen Nachnahme zu beziehen aus der
Cigarrenfabrik Rud. Tresp, Neustadt b. Danzig D. 3.

Berlin. Sonntag den 9. Oktober Berlin.
Grosses Herbstvergnügen
veranstaltet vom
Buchbinder-Männerchor
600.] im großen Saale des [5.00
Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15
bestehend in
Konzert, Gesang, humoristischen Vorträgen und Tanz.
Eröffnung 5 Uhr. — Anfang 6 Uhr.
Programme à 30 Pf. sind zu haben im Vereinslokal, Sippke, Melchiorstraße 15, im
Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, und bei sämtlichen Mitgliedern.
Alle Freunde und Gönner des Vereins ladet hierzu freundlichst ein
Der Vorstand.